



Die grün-rote Gemeinschaftsschule: Ein Verlust für Lehrer, Eltern und Kinder

Von Dominik Jenne

Die Vertreter der Gemeinschaftsschule führen scheinbar gewichtige Argumente ins Feld: Das von ihnen favorisierte Schulmodell bedeute mehr soziale Gerechtigkeit, sei insgesamt leistungsfähiger und somit prinzipiell besser in der Lage, allen Schülerinnen und Schülern gleichermaßen gerecht zu werden. Als Paradebeispiel wird dabei häufig Finnland genannt. Tatsächlich schnitt Finnland bei den bekannten PISA-Studien regelmäßig hervorragend ab und belegte vielfach den ersten OECD-Rangplatz. Die finnischen Schüler wiesen bei jeder Untersuchung eine signifikant bessere Lesefähigkeit und größere Kompetenzen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich auf, als ihre deutschen Altersgenossen. Die Ursache für die besseren Leistungen der Finnen, so behauptet nun die grün-rote Landesregierung, sei vorwiegend in der dort etablierten Gemeinschaftsschule zu suchen. Diese gelte es daher auch in Baden-Württemberg einzuführen, wolle man in Sachen Bildung zu Finnland aufschließen. Tatsächlich wird die Einführung Gemeinschaftsschule nun auch mit erstaunlichem Eifer vorangetrieben. Das vorrangig eingesetzte Instrument der Politik ist hierbei der „goldene Zügel“: Die Gemeinschaftsschulen bekommen deutlich mehr Geld und Lehrerstunden, als die verbleibenden Realschulen. Dieser Anreiz soll dafür sorgen, dass möglichst viele Realschulen die Wandlung zur Gemeinschaftsschule vollziehen. Dieses fragwürdige und unfaire Mittel politischer Steuerung wäre vielleicht akzeptabel, wenn tatsächlich feststünde, dass die Gemeinschaftsschule zum eindeutigen Nutzen der Schüler ist, wie Grün-Rot behauptet. Klar ist jedoch: Dies trifft keineswegs zu. Das hat seine Ursache nicht zuletzt darin, dass die finnischen Gegebenheiten kaum mit dem deutschen Kontext zu vergleichen sind. In Finnland gibt es vergleichsweise wenige Migranten, die finanzielle Ausstattung der Schulen ist insgesamt hervorragend und auch der Personalbestand ist dementsprechend gut. Die Schulklassen sind außergewöhnlich klein, teilweise unterrichten zwei Lehrkräfte lediglich fünfzehn oder weniger Schüler. Ebenso wichtig ist, dass es dort kein Gymnasium gibt, welches den Gemeinschaftsschulen als eigenständige Schulform Konkurrenz macht. Diese Umgebungsbedingungen, hier sind sich die Bildungswissenschaftler einig, sind die unabdingbare Voraussetzung für funktionierende Gemeinschaftsschulen. Spätestens an dieser Stelle wird offensichtlich, dass die derzeitige Landesregierung zwar eine „Schule für (fast) alle“ einführt, für das Gelingen des Projekts aber nicht die nötigen Mittel investiert, sondern de facto sogar Lehrerstellen abbaut. Wie unter diesen Voraussetzungen die Herausforderungen von Inklusion und Binnendifferenzierung gemeistert werden sollen, bleibt indessen reichlich unklar. Eine Optimierung des Unterrichts im Sinne einer adäquaten Förderung schwächerer Schüler oder die angemessene pädagogische Betreuung körperlich oder geistig beeinträchtigter Kinder, wird durch die rücksichtslosen Sparmaßnahmen zweifellos ein Ding der Unmöglichkeit werden. Die Gemeinschaftsschule offenbart hier ihren Charakter als theoretische Kopfgeburt und ideologisches Projekt,

welches an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigeht und letztlich hohe volkswirtschaftliche und menschliche Folgekosten nach sich ziehen wird. Paradox ist auch, dass Bundesländer mit gegliedertem Schulwesen bei den gerne zitierten PISA-Studien immer sehr viel besser abschnitten, als Berlin, Bremen oder NRW mit ihren Gemeinschaftsschulen. Erhellend ist auch ein Blick nach Sachsen, wo die Gemeinschaftsschule schon 2006 eingeführt wurde. Dort entschied man sich nur drei Jahre später dafür, das gescheiterte Projekt wieder zu beenden. Besonders brisant ist allerdings, dass auch die hervorragenden Sonderschulen unseres Bundeslands zur Disposition gestellt werden. Diese leisten bei der Integration von körperlich oder geistig beeinträchtigten Menschen jedoch hervorragende Arbeit und sind auch mit den Betrieben ihrer jeweiligen Region bestens vernetzt. Diese wichtigen Netzwerke drohen durch die grün-rote Schulpolitik nun verloren zu gehen. Ebenso bedenklich ist auch die Tatsache, dass die Lehrkräfte Baden-Württembergs nicht auf die sonderpädagogischen Erfordernisse vorbereitet sind, welche mit der Gemeinschaftsschule zwangsläufig auf sie zukommen werden. Ein entsprechendes Fortbildungskonzept existiert bislang nicht. Auch die angebliche Undurchlässigkeit des derzeitigen Schulsystems, welche oftmals als Argument für die Gemeinschaftsschule angeführt wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Phantom: Über 40% der Hauptschulabsolventen machen nach ihrem ersten Abschluss weiter und der überwiegenden Mehrheit gelingt ein absolut problemloser Einstieg ins Berufsleben. Somit ist die Rechnung einigermaßen eindeutig: Ein erfolgreiches und bewährtes Schulsystem wird zerschlagen, während zugleich ein neues eingeführt wird, welches sich in anderen Bundesländern bereits als Fiasko entpuppt hat. So verwundert es wenig, dass zahlreiche Eltern, Lehrer und Schulleiter gegen das Durchregieren von Grün-Rot protestieren. Von der „Politik des Gehörtwerdens“, wie sie von den Grünen vor allem im Wahlkampf angekündigt wurde, ist hier allerdings wenig zu spüren. Die CDU und mit ihr die Junge Union setzen sich deshalb vehement für die Erhaltung des erfolgreichen und bewährten dreigliedrigen Schulsystems ein. Eine Lösung könnte hierbei die Verbundschule darstellen, für welche sich auch Marcel Schwehr mit Nachdruck engagiert. Sie sieht vor, dass Realschulen und Haupt- und Werkrealschulen von einer gemeinsamen Schulleitung unter einem Dach geführt werden. Dies erhöht Durchlässigkeit und Koordination der beteiligten Schulen und vermeidet zugleich die organisatorischen und pädagogischen Probleme der Gemeinschaftsschule. Tatsächlich existieren in Baden-Württemberg bereits 69 öffentliche Verbundschulen. In der Praxis leisten sie das, was den Gemeinschaftsschulen nur unter großen Anstrengungen durch Lehrer, Schüler und Eltern möglich wäre: Eine gute Ausbildung mit vielfältigen Anschlussmöglichkeiten und beruflichen Optionen für alle Schülerinnen und Schüler.